

Schweiz

«Ich hörte während der ganzen Fahrt Musik»

Schlepper-Urteil in Nidwalden Er wurde mit 23 Geflüchteten im Laderaum in Hergiswil gestoppt. Nun wurde der 28-Jährige zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt – und gab vor Gericht Einblicke in das Schlepperbusiness.

Alexandra Aregger

Es ist dunkel, stickig und eng. Über mehrere Stunden stehen 23 geflüchtete Männer im September des letzten Jahres eng zusammengepfercht im Laderaum eines Lieferwagens. Auf 5,4 Quadratmetern. Ohne Fenster, ohne Essen, ohne Toilette.

Sie drohen zu ersticken. Klopfen gegen die Fahrerkabine, rufen laut, doch ihr Schlepper fährt weiter. Bis sich in Hergiswil NW die Tür des Wagens öffnet. Draussen stehen Polizisten, unter ihnen Senad Sakic. So etwas hat der Chef der Nidwaldner Kriminalpolizei noch nie gesehen. «Es war wirklich menschenunwürdig und gefährlich», erinnert er sich heute.

Die Männer stammen aus Afghanistan, Syrien, Indien und Bangladesch. Und sie wurden illegal durch die Schweiz geschleust. Eigentlich wollten sie weiter nach Frankreich und Deutschland. Doch auf einem Parkplatz nahe der Autobahn A2 endete die Fahrt.

Der Fall erregte viel Aufmerksamkeit. Während haarsträubende Schlepperfälle im Ausland immer wieder ans Tageslicht kommen, war er für die Schweiz aussergewöhnlich. Gestern stand der Schlepper vor dem Nidwaldner Kantonsgericht. Der heute 28-jährige Gambier wohnt in Italien. Seit September sitzt er in Nidwalden hinter Gittern. Und wird es noch eine Weile tun müssen.

Der Schlepper wurde in zwei Punkten angeklagt: Freiheitsberaubung und Widerhandlung gegen das Ausländergesetz. Er war schon im Vorhinein geständig, weshalb der Prozess in abgekürz-

ter Form stattfand. Eine Frage brannte der Gerichtspräsidentin dennoch auf der Zunge: «War Ihnen bewusst, dass diese Fahrt in einer Katastrophe hätte enden und die Personen hätten ersticken können?» – «Mir war nicht bewusst, dass jemand hätte sterben können», erwiderte er. Und betonte mehrmals, dass er sich bei den Geflüchteten entschuldigen wolle.

«Ein kleines Rädchen»

«Ich wusste nicht, wie viele Leute sich im Innenraum befinden», so der Schlepper. «Ich habe sie vor der Abfahrt nicht gesehen.» Er habe lediglich einen Anruf von seinen Auftraggebern gekriegt, sei hingefahren und sei ans Steuer gesessen, ohne in den Laderaum zu blicken. Denn er war, wie es Staatsanwältin Natalie Vonmüllenen nannte, ein «kleines, schlecht bezahltes Rädchen» einer ganzen Maschinerie.

Der 28-Jährige war innerhalb einer Schlepperbande für den Transport von Italien durch die Schweiz bis nach Basel verantwortlich. Pro Fahrt verdiente er gemäss seiner Verteidigerin zwischen 100 und 200 Euro. Die Geflüchteten hingegen blättern je bis zu 500 Euro hin. Wie die Ermittler herausfanden, fuhr er innerhalb eines Monats neunmal von Italien nach Basel.

Dass er für seine Schlepperfahrten für lange Zeit im Gefängnis landen könnte, war ihm offenbar nicht klar: «Mir wurde gesagt, wenn ich festgenommen werde, müsse ich höchstens zwei bis drei Tage ins Gefängnis.»

Doch nun wurde er zu drei Jahren verurteilt, die Hälfte muss er



Im September fanden Nidwaldner Polizisten im Laderaum eines Lieferwagens 23 Geflüchtete. Foto: Kapo Nidwalden, Keystone

Illegale Aufenthalte im Mai leicht angestiegen

Anzahl illegal eingereister Migrantinnen und Migranten sowie mutmassliche Schlepperfälle seit Januar 2023

Monat	Rechtswidrige Aufenthalte	Schlepper
Januar	4606	44
Februar	2642	15
März	2414	29
April	2322	30
Mai	2837	32

Grafik: aa, mrue / Quelle: BAZG

absitzen. Hinzu kommt eine bedingte Geldstrafe, und er wird für 10 Jahre aus der Schweiz verwiesen. Das Urteil ist rechtskräftig.

Warum aber ignorierte er die Hilferufe der Geflüchteten, als diese im Laderaum zu ersticken drohten? «Ich hatte mich dazu

entschieden, während der Fahrt mit niemandem zu sprechen und nie anzuhalten», so der Verurteilte. «Ich hatte Kopfhörer auf und hörte während der ganzen Fahrt Musik.»

Wie seine Verteidigerin ergänzte, habe er sich strikt an die

Anweisungen seiner Auftraggeber gehalten – aus Angst, seinen Lohn nicht zu erhalten. Er habe zu Hause in Italien eine Frau und zwei kleine Söhne, die er «mehr schlecht als recht» über Wasser halten könne. Und: «Er wurde übers Handy überwacht», so die Verteidigerin.

Der Schlepper hätte für seine Straftaten über 20 Jahre kassieren können. Gemäss Staatsanwältin hat er sich jedoch kooperativ und reuig gezeigt, was strafmildernd wirkte.

Für die Nidwaldner war der Schlepperfall letzten September ein Coup und hat ihnen ein gewisses Renommee verschafft. Das spürt vor allem Kripochef Sakic: «Wir geben in Referaten anderen Polizeikörpern unsere Erfahrungen und Erkenntnisse weiter.»

Die Nidwaldner haben seither die Kontrollen auf Menschen schmuggel intensiviert. Zahlen will Sakic aus taktischen Gründen keine nennen. Aber es seien «spürbar mehr», je nach verfügbarem Personal. Denn die Ermittlungen sind sehr aufwendig: «Der Menschen schmuggel geschieht im Verborgenen und ist schwierig zu erkennen. Man muss proaktiv auf die Strasse gehen.»

Beim Schlepperbusiness handelt es sich gemäss UNO-Schätzungen um ein Milliardengeschäft. Und da die illegalen Einreisen zuletzt zunahmen, sei ein Anstieg von Schlepperfällen «wahrscheinlich», so Sakic.

In der Statistik zeigt sich das nur bedingt. Zwar steigen mit dem illegal eingereisten Migrantinnen und Migranten auch die Schlepper-Verdachtsfälle leicht,

doch die Dunkelziffer ist gemäss Ermittlern sehr gross.

Klar ist: Der nun verurteilte Schlepper in Nidwalden ist einer von unzähligen. «Die Nadel im Heuhaufen», nannte es die Staatsanwältin. Mehrheitlich im Dunkeln bleibt auch, was mit den geretteten Geflüchteten passiert.

Erneute Einreiseversuche

Nach ihrer Rettung nämlich werden sie in der Regel angezeigt – so auch in Nidwalden. Denn sie sind im Rechtsverständnis bewusst ohne Ausweis und gültiges Visum in die Schweiz gereist. Daher werden sie auch anders behandelt als im Fall von Menschenschmuggel: Dem Schlepper geben sie gemäss Rechtsverständnis ihre Zustimmung.

Am Tag nach ihrer Rettung wiesen sie die Behörden auch sogleich an, die Schweiz «umgehend zu verlassen». Oder Asyl zu beantragen. Neun hatten damals Interesse gezeigt, weshalb sie mit einem Bahnticket ins Bundesasylzentrum in Chiasso geschickt wurden. «Von diesen neun Personen haben im Endeffekt nur zwei ein Asylgesuch gestellt», sagt ein Sprecher des Kantons Nidwalden auf Anfrage.

Alle anderen seien weiter oder zurückgereist. Und haben es teilweise nochmals versucht, sagt Staatsanwältin Vonmüllenen: «Am Tag nachdem die Geflüchteten die Schweiz verlassen, erhielten wir die Meldung, dass einzelne der Insassen erneut mit einem Schlepperfahrzeug versuchten, von Italien illegal in die Schweiz einzureisen.» Erneut – ohne Erfolg.

Ueli Maurer macht weiter Politik

Gegen Zuwanderung Der Alt-Bundesrat engagiert sich im Komitee der «Nachhaltigkeitsinitiative» seiner Partei.

Bei seinem Abschied aus dem Bundesrat sagte Ueli Maurer, er wolle endlich wieder «der normale Ueli» sein. Karin Keller-Sutter, seine Nachfolgerin im Finanzdepartement, glaubte – wie viele –, das bedeute: Der einstige Armee-Radfahrer bewegt sich zu seinem Privatvergnügen wieder mehr auf dem Velo. Darum schenkte Keller-Sutter ihrem Vorgänger zur Wachablösung im Finanzdepartement den Reiseführer «Legendäre Radtouren in Europa».

Aber: Der «normale Ueli» ist offensichtlich nach Jahrzehnten in der Politik als Parlamentarier, Parteipräsident und Bundesrat vor allem eines: Politiker.

Denn jetzt zieht Maurer mit am Karren der jüngsten Anti-Zuwanderungs-Initiative der SVP. Er figuriert prominent im Initiativkomitee dieser sogenannten Nachhaltigkeitsinitiative.

Die SP findet das «stossend»

Für eine Stellungnahme war Maurer nicht zu erreichen. Aber die SVP zitiert ihn mit den Worten: «Es liegt im Interesse kommender Generationen, dass heute Instrumente geschaffen werden, um die Zuwanderung in die Schweiz mit klaren Grundsätzen zu regeln.» Ziel der Initiative ist, dass die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz nicht vor dem Jahr 2050 die Marke von 10 Milli-



Abschied als Bundesrat: Ueli Maurer an der SVP-Delegiertenversammlung im Januar in Bülach. Foto: Keystone

onen Personen überschreitet. Ab einer Einwohnerzahl von 9,5 Millionen müsste der Bund Massnahmen ergreifen, im äussersten Fall die Kündigung der Personenfreizügigkeit mit der EU.

Maurer gibt der Initiative mit seinem Ansehen als Alt-Bundesrat Gewicht. Das erzürnt politische Gegner: Zu «20 Minuten» sagte SP-Nationalrat Fabian Molina, es

sei «stossend», dass Maurer nun «an vorderster Front den SVP-Wahlkampf unterstützt». «Weltwoche»-Verleger und SVP-Nationalrat Roger Köppel widerspricht. Er sagte in seiner Internet-Sendung «Weltwoche daily»: «Freuen wir uns doch, dass Alt-Bundesräte keine Eunuchen sind.»

Molina allerdings hat recht, wenn er sagt, es entspreche «nicht

den Gepflogenheiten», dass Alt-Bundesräte sich «so früh dermassen offensiv in die Tagespolitik einmischen». Zwar schloss sich auch Ruth Metzler einem Initiativkomitee an, demjenigen zur Einführung der Individualbesteuerung. Aber die Alt-Bundesrätin der CVP (heute Mitte) tat das erst fast 20 Jahre nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung 2003.

Ein Sonderfall ist Christoph Blocher. Nach seiner Nichtwiederwahl als Bundesrat 2007 politisierte der SVP-Übervater nahtlos weiter. 2011 kehrte er in den Nationalrat zurück. Er sass auch etwa im Initiativkomitee der Durchsetzungsinitiative seiner Partei.

Podien, Reden und Bücher

Blocher ist in vieler Hinsicht eine Ausnahme. Nicht unüblich ist es allerdings, dass ehemalige Mitglieder des Bundesrats öffentlich politisch Stellung nehmen. Micheline Calmy-Rey, Ruth Dreifuss, Pascal Couchepin, Adolf Ogi, Kaspar Villiger und Moritz Leuenberger äussern und äussern sich immer wieder an öffentlichen Podien, in Reden, Interviews und sogar Büchern zu aktuellen Fragen – was auch hin und wieder zu Diskussionen führt.

Der Politologe Marc Bühlmann sagt: «Es gibt keine Regeln, was ehemalige Bundesrätinnen und Bundesräte dürfen und was nicht.» Der Professor an der Uni Bern hält es denn auch nicht für falsch, wenn sich Alt-Bundesräte politisch betätigen. «Die Förderung politischer Debatten ist aus demokratietheoretischer Perspektive durchaus wünschenswert.»

Edgar Schuler

Baume-Schneider in Polen und der Slowakei

Flüchtlinge Justizministerin Elisabeth Baume-Schneider hat auf einer zweitägigen Reise Ukraine-Flüchtlinge in Polen und in der Slowakei besucht. Beide Länder haben nach dem Angriff Russlands eine grosse Zahl von Menschen aus der Ukraine aufgenommen. Die Reise sei eine Gelegenheit gewesen, um die direkten Auswirkungen der Finanzhilfen aus der Schweiz zu verstehen, sagte Baume-Schneider gestern.

2023 unterstützt die Schweiz mit weiteren fünf Millionen Franken ein Projekt des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (Unicef) in insgesamt sechs Ländern. Darunter sind auch Polen und die Slowakei.

In Polen besuchte Baume-Schneider Unicef-Projekte, die vor allem ukrainische Kinder und deren Familien unterstützen. Sie sei berührt, sagte sie. Etwa habe sie Menschen getroffen, die mit einer Krankheit konfrontiert seien. «Der Krieg beendet ihr Leben nicht.» Station machte die Bundesrätin auch im humanitären Zentrum in Gabcikovo in der Slowakei. Dort leben über 1000 Geflüchtete aus der Ukraine, darunter 300 Kinder. Und an der Comenius-Uni in Bratislava erfuh sie, wie Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen für die Bedürfnisse von Flüchtlingen geschult werden. (SDA)